

Volksbegehren gegen Massentierhaltung schürt Ängste Brandenburger Bauern

Berliner Zeitung, 16.3.2016, von Frederik Bombosch



Protest vor dem Landtag: So glücklich wie diese Schweine sollen alle Artgenossen in Brandenburg schauen. Das fordern die Kritiker der „Fleischfabriken“.

Foto: picture alliance / dpa

Seit anderthalb Jahren wirbt das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg für verschärfte Regeln in der Tierhaltung. Mehr als 100.000 Brandenburger haben das Volksbegehren gegen Massentierhaltung unterschrieben, mit dem sich nun der Potsdamer Landtag beschäftigen muss.

Doch eine Gruppe hat sich von alledem noch nicht beeindruckt lassen: der brandenburgische Landesbauernverband. Das wurde am Mittwoch deutlich, als der Landwirtschaftsausschuss des Landtags Experten zur Tierhaltung und für Umweltrecht, sowie Vertreter der Initiative und der Bauern anhörte.

„In die Ecke gedrängt“

Für den Verband sprach auch dessen Hauptgeschäftsführer Wolfgang Scherfke, und er beklagte sich bitterlich: „Wir Bauern fühlen uns in die Ecke gedrängt.“ Den Gedanken, Brandenburgs Landwirte könnten Fleisch in geringerer Menge, dafür aber von höherer Qualität erzeugen und am Ende womöglich gar mehr verdienen als heute, wies er zurück. „Wer auf einem globalen

Markt einseitig die Menge reduziert, ist der Verlierer“, erklärte er. Ganz und gar verständnislos reagierte er auf Zweifel, ob die behördliche Überwachung der Tierhalter so funktioniert, wie es sich der Gesetzgeber wünscht. „Wenn sie das nicht täte, würden wir alle nicht mehr leben.“

Offensichtlich fürchten die Bauern eine Annäherung der rot-roten Koalition an die Initiatoren des Volksbegehrens. Am 19. April muss der Landtag entscheiden, ob er deren Forderungen übernimmt, mit dem Aktionsbündnis einen Kompromiss aushandelt, oder ob er den Konflikt eingeht und den Volksentscheid durchführen lässt. Dann müssten etwa eine halbe Million Brandenburger für den Forderungskatalog stimmen – eine hohe Hürde. Das mögliche Datum für den Volksentscheid steht bereits fest: der 17. Juli.

Die Kernforderungen des Bündnisses wirken moderat, könnten die Tierhaltung aber deutlich verändern. „Es ist kein Volksbegehren gegen die Tierhaltung, sondern es geht um die Frage, was für eine Tierhaltung wir in Brandenburg haben wollen“, sagte Mitinitiator Jochen Fritz, der auch Biolandwirt ist. „Wir fordern, dass Brandenburg weggeht von den großen Strukturen.“

Tatsächlich werden seit Jahren vermehrt Anlagen beantragt und gebaut, die mit bäuerlicher Landwirtschaft längst nichts mehr zu tun haben. Umstritten ist die geplante Schweinemast Haßleben mit 36.000 Tieren, Proteste gab es auch gegen eine Legehennenanlage bei Sternhagen mit 80.000 Tieren. Die Regierung begrüßt diese Entwicklung im Grundsatz und argumentiert, Brandenburg habe im Bundesvergleich besonders wenige Nutztiere.

Das Aktionsbündnis hält dagegen und verweist auf die bundesweite Überproduktion von Fleisch und die Umweltschäden in Brandenburg. Deshalb soll es Fördermittel für neue Ställe nur noch bis zu einer bestimmten Größe geben. Die Initiatoren fordern ein Ende der Praxis, Hühnern die Schnäbel und Schweinen die Schwänze zu kupieren. Umweltverbände sollen ein Klagerecht gegenüber Behörden erhalten, wenn sie in einzelnen Anlagen die Tierschutzbestimmungen verletzt sehen. Außerdem soll das Land einen Tierschutzbeauftragten bekommen. Mehrere Länder haben solche Reformen durchgeführt.

Die Koalition hat erkennen lassen, dass sie bei einzelnen Punkten wie der Änderung der Förderrichtlinien verhandlungsbereit ist. Beim Verbandsklagerecht stellt sich die SPD quer, während die Linke es befürwortet. Die SPD befürchtet wie der Bauernverband eine Klagewelle aufgebrachter Tierschützer.

„Zahl der Tierhalter halbiert sich“

Peter Kremer, Anwalt für Umweltrecht, bemühte sich bei der Anhörung, diese Bedenken zu zerstreuen. „Das Verbandsklagerecht ist kein Teufelszeug.“ In mehreren Bundesländern gebe es sie seit 2007, nach seiner Kenntnis habe es erst drei Klagen gegeben. Warum die Reform dennoch sinnvoll und nötig wäre, obwohl sie so wenig genutzt wird, sagte er auch: „Die Möglichkeit von Klagen Dritter führt dazu, dass Behörde und Investor im Genehmigungsverfahren ganz anders miteinander diskutieren.“ Die Befürchtung hat auch der Bauernverband und vermutet, dass die Verfahren sich in die Länge ziehen.

Als Sachverständiger trat Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft auf. Er reagierte mit Unverständnis auf die Vorbehalte des Bauernverbands. „Die Zahl der Tierhalter in Deutschland halbiert sich wegen der niedrigen Preise alle paar Jahre“, sagte er. „Da ist es ein zynischer Standpunkt zu behaupten, höhere Qualitätsanforderungen seien eine Bedrohung für die Landwirte.“